

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Christian Schubert (KV Rhein-Erft-Kreis)

Titel: **Klimaneutralität 2040 - unserer Zukunft schützen!**

Antragstext

Die Grüne Jugend NRW fordert, dass das verpflichtende Ziel der Klimaneutralität in Nordrhein-Westfalen von 2045 auf 2040 vorgezogen wird. Nur, wenn Bund, Land und Kommunen gemeinsam handeln, kann dieses Ziel erreicht werden. Wir haben keine Zeit mehr für halbe Sachen. Klimagerechtigkeit bedeutet, dass wir jetzt handeln. Es geht um nichts weniger als unsere Lebensgrundlagen.

Es soll ein Transformationsrat NRW 2040 eingerichtet werden. Dieser soll mit Beteiligung von Zivilgesellschaft, Beschäftigten, Gewerkschaften, Wissenschaft und Unternehmen Empfehlungen ausarbeiten. Klimaneutralität 2040, Beschäftigungssicherheit und ökonomische Stabilität gehen zusammen! Der sozial-ökologische Umbau gelingt nur, wenn er gerecht gestaltet wird. Das bedeutet: Gute Arbeitsbedingungen, sichere Jobs und Mitbestimmung der Beschäftigten. Klimaschutz darf nie gegen soziale Sicherheit ausgespielt werden. Über diesen Transformationsrat sollen verbindliche Sektorenziele erarbeitet werden.

NRW ist europäische Spitze beim Ausbau der Windenergie, der PV-Zubau hat einen echten Aufschwung, wir steigen früher aus der Kohle aus und wir investieren in Grünen Stahl. Das sind große Erfolge von Bündnis 90/Die Grünen in der Landesregierung, die wir ausdrücklich anerkennen und würdigen.

Uns ist jedoch klar: NRW als Industrieland kann das ambitionierte Ziel 2040 nicht schaffen, ohne dass die Bundesregierung aus ihrem Dornröschenschlaf aufwacht und die notwendigen Rahmenbedingungen schafft. Sie muss jetzt liefern! Dazu gehört der Ausbau von Strom- und Wasserstoffnetzen, ein sozial-gerechter CO2-Preis mit echter Lenkungswirkung und sozialer Rückvergütung oder der

23 konsequente Ausstieg aus allen fossilen Energien. Unsere Position ist klar:
24 Finger weg vom Ausstiegsdatum 2035 für den fossilen Verbrennungsmotor! Finger
25 weg vom vereinbarten Kohleausstieg 2030!

26 In all diesen Themen muss Nachhaltigkeit endlich wieder die zentrale Bedeutung
27 haben. Wir erwarten von allen Teilen der Landesregierung, dass sie sich dafür
28 und gegen das fossile Rollback einsetzt.

29 Wer eine Rechnung nicht bezahlt, gerät in Zahlungsverzug und kann nicht
30 erwarten, dass geliefert wird, was bestellt wurde. In diesem Sinne darf sich die
31 schwarz-rote Bundesregierung nicht mehr vor ihrer Pflicht zur Unterstützung der
32 Kommunen drücken, um stattdessen die Wahlgeschenke der CSU zu finanzieren. Damit
33 meinen wir sowohl, dass für eine grundsätzlich bessere finanzielle Ausstattung
34 der Kommunen gesorgt sein muss, als auch, dass gezielt bei der Umsetzung von
35 Klimaschutz mehr unterstützt wird.

36 Es braucht einen kommunalen Klimapakt, um sicherzustellen, dass die Städte und
37 Gemeinden die notwendigen finanziellen und strukturellen Voraussetzungen haben,
38 um die Klimaneutralität spätestens 2040 zu erreichen. Dafür müssen Investitionen
39 der Kommunen in Klimaschutz und Klimaanpassung von der Schuldenbremse
40 ausgenommen werden. Investitionen in unsere Zukunft und die Bewohnbarkeit
41 unseres Planeten dürfen nicht an veralteten Schuldenregeln scheitern.
42 Klimapolitik funktioniert nur, wenn sie vor Ort in unseren Nachbarschaften
43 spürbar wird. Wenn der Marktplatz Grüner wird, wenn der Bus öfter fährt, wenn
44 die Stadt kühler wird.

45 Viele Städte und Gemeinden haben in den letzten Jahren Klimaschutzkonzepte,
46 Mobilitätskonzepte, Klimaanpassungskonzepte, Wärmeplanungen, Sanierungskonzepte
47 und vieles mehr erstellt. Es geht jetzt darum, dass konsequent und ambitioniert
48 umzusetzen. Dafür müssen Förderungen langfristig planbar abgesichert werden,
49 Mittel erhöht werden und die Fördermittelbeantragung einfacher und digitaler auf
50 einem Förderportal vereinheitlicht werden. Das benötigt aktuell viel zu viele
51 Kapazitäten, die wir im konkreten Umsetzen dringend brauchen! Auch das
52 Bewilligen von Förderanträgen muss viel schneller gehen. Die Zeit zu warten
53 haben wir nicht.

54 Einige Städte und Gemeinden in NRW wollen vor 2040 klimaneutral werden. Es muss
55 gelten: Je schneller und ambitionierter, desto mehr Geld wird für die Umsetzung
56 nötig. Hier muss durch eine gezielte Unterstützung ein Anreiz gesetzt werden.

57 Wir fordern mehr Tempo beim natürlichen Klimaschutz! Alle in öffentlicher Hand
58 befindlichen Moore müssen wieder vernässt werden, wir brauchen eine

59 Renaturierungsoffensive für Flüsse und wir müssen unsere Städte entsiegeln. Ein
60 einfacher Hebel, der Schüler:innen direkt hilft, sodass sie es in Hitzesommern
61 in den Schulen aushalten, sind grüne Schulhöfe. Für dieses Ziel wollen wir
62 deutlich mehr Gelder bereitstellen. Auch bei Krankenhäusern oder
63 Hochschulgebäuden gibt es noch viel Aufholbedarf, sodass sie energieeffizient
64 und hitzeresilient werden.

65 Klimaschutz ist mehr als eine ökologische Frage. Es geht um Gerechtigkeit und
66 Teilhabe. Dazu gehört auch das Thema Mobilität. Bessere Anbindungen und
67 bezahlbare Tickets sind keine Widersprüche und dürfen nicht gegeneinander
68 ausgespielt werden. Das Deutschlandticket war ein Erfolg der letzten
69 Bundesregierung, aber es ist für viele Menschen nicht mehr bezahlbar. Daher
70 fordern wir als Grüne Jugend NRW ein 365-Euro-Deutschlandticket für
71 Schüler:innen, Auszubildende, Studierende und Wohngeldberechtigte.

72 Klimaschutz erfordert Bildung und Beteiligung. Deshalb fordert die Grüne Jugend
73 NRW die Einrichtung eines Jugendklimarats NRW als beratendes Gremium der
74 Landesregierung, um uns jungen Menschen eine Stimme bei der Gestaltung von
75 Klimapolitik zu geben. Bildung für nachhaltige Entwicklung soll verbindlicher
76 Bestandteil der Lehramtsausbildung werden.

77 Das Vorziehen der Klimaneutralität ist kein Symbolprojekt. Wer heute
78 ambitioniert handelt, bewahrt die Handlungsmöglichkeiten der kommenden
79 Generationen. Wir wollen diesen Weg mit Mut, Klarheit und Verlässlichkeit gehen
80 und zeigen, dass ökonomische Stärke, sozialer Ausgleich und konsequenter
81 Klimaschutz in einem Land wie Nordrhein-Westfalen kein Widerspruch sind.

Begründung

Der Hamburger Zukunftsentscheid hat gezeigt: Klimaschutz hat weiterhin große gesellschaftliche Mehrheiten. Diesen Aufschwung nehmen wir auf, um in der Partei und in der Gesellschaft lauter und ambitioniert für den Schutz des Klimas einzutreten.

Wenn sich die Bundesregierung von der fossilen Lobby treiben lässt und Klimaziele infrage stellt, dann müssen wir laut werden.

Das Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichtes war historisch. Es geht um die Freiheitsrechte zukünftiger Generationen. Es geht um Lebensqualität. Dafür kämpfen wir gemeinsam mit der Klimagerechtigkeitsbewegung.

Wer also Klimaneutralität 2040 als „utopische Forderung“ versteht, Klimaschutz verschiebt und ausbremst,

verkauft die Zukunft der jungen Generation. Das lassen wir nicht zu!